

PROTOKOLL
der öffentlichen Beiratssitzung

DATUM	BEGINN	ENDE	SITZUNGSORT
22.08.2013	19.15 Uhr	21.25 Uhr	Evangelische Kirchengemeinde Horn, Gemeindesaal

TEILNEHMER

ORTSAMT	: J. Fricke, Vorsitzender U. Lütjens, Protokollführer
BEIRAT/AUSSCHÜSSE	: siehe anliegende Liste
GÄSTE	: Herr Feldmann, Polizeirevier Horn Herr Möller, Umweltbetrieb Bremen

TAGESORDNUNG:

1. Begrüßung, Beschluss der Tagesordnung
2. Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten
3. Anträge aus dem Beirat
4. Aufwertung des Grünzuges Leher Feld für „Bremen blüht auf“
5. Vergabe von Beiratsmitteln
6. Mitteilungen des Ortsamtes
7. Verschiedenes

Die Beiratsmitglieder wurden mit Schreiben vom 08.08.2013 zur Sitzung eingeladen.

Zu TOP 1: Begrüßung, Beschluss der Tagesordnung, Genehmigung eines Protokolls

Die Tagesordnung wird einstimmig ohne Änderungen beschlossen.

Zu TOP 2: Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten

- Eine Anwohnerin aus dem Helmer bemängelt, dass das Straßenbegleitgrün nur zweimal jährlich gemäht und der Rasenschnitt liegengelassen wird. Ihrer Meinung nach sollte häufiger gemäht und der Rasenschnitt abtransportiert werden. Herr Möller erläutert, dass der Umweltbetrieb Bremen das Straßenbegleitgrün im Auftrag des Amtes für Straßen und Verkehr durchführt. Die Beauftragung des ASV sieht für Wohnstraßen die von der Anwohnerin geschilderten Konditionen vor, nämlich ein- bis zweimal Mähen pro Jahr. Eine Abfuhr des Rasenschnittes ist nicht Bestandteil der Beauftragung. Der Umweltbetrieb Bremen selbst hat keinen Einfluss auf die Frequenz der auszuführenden Arbeiten.
- Frau Koch moniert den Stau, der im Zuge des Ausbaus des Knotenpunktes Leher Heerstraße/Lilienthaler Heerstraße derzeit häufig zu beobachten ist. Zudem versteht sie nicht, warum die Ampel für die Wendefahrt der Linie 5 regelmäßig auf Rot springt, obwohl derzeit keine Straßenbahn in Betrieb ist. Herr Fricke verweist auf eine Stellungnahme des zuständigen Ingenieurs beim ASV, wonach im Rahmen eines temporären Baustellenprovisoriums nicht alle Parameter in die Ampelschaltung einbezogen werden können. Das Thema wird im Rahmen der Ausschusssitzung Umweltschutz und Verkehr am 26.08.2013 behandelt werden.
- Ein Bürger kritisiert eine zunehmende Vermüllung im Grünzug Leher Feld. Zudem seien vorhandene Mülleimer demontiert worden. Auch das Regenrückhaltebecken am Neubaugebiet Elisabeth-Segelken-Straße und die angrenzenden Fleete seien verdreckt und müssten gereinigt werden. Des Weiteren sei der Vorplatz des Jugendhauses Horn-Lehe nach den Wochenenden von den Hinterlassenschaften feiernder Jugendlicher verschmutzt. Der Bürger fordert, dass die Polizei an den Wochenenden an das Jugendhaus heranfahren müsse, um die Situation zu klären.

Herr Möller bestätigt, dass im Grünzug Mülleimer entfernt werden mussten, weil diese marode geworden waren bzw. durch Vandalismus unbrauchbar geworden waren. Zudem wurde bei offenen Mülleimern vielfach Hausmüll entsorgt. Der Etat des Umweltbetriebs Bremen lässt jedoch nicht zu, diesen zusätzlichen Müll auf eigene Kosten zu entsorgen. Die Unterhaltung des Grünzuges wird vom Umweltressort beauftragt und nach diesen Vorgaben vom Umweltbetrieb Bremen durchgeführt. Die Klassifizierung nach Pflegestufe 3 sieht unter anderem 40 Müllentleerungen pro Jahr vor. Für die Zukunft ist bereits absehbar, dass aufgrund geringerer Budgets in den Folgejahren die Erwartungshaltung der Bevölkerung noch weniger erfüllt werden können. Hinsichtlich der Reinigung des Regenrückhaltebeckens und der Fleete verweist Herr Möller auf die Zuständigkeit von hansewasser respektive des Bremischen Deichverbandes am rechten Weserufer. Herr Feldmann berichtet, dass laut Auskunft des Einsatzdienstes in letzter Zeit keine Jugendlichen an den Wochenenden vor dem Jugendhaus angetroffen wurden. Er wird jedoch die geschilderten Umstände weitergeben, sodass der Streifendienst ein besonderes Augenmerk auf die Situation richten kann.

Zu TOP 3: Anträge aus dem Beirat

3.1. Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis '90/Die Grünen und Die Linke Ergänzung des Verfahrensvorschlags aus der Beirätekonzferenz vom 08.08.2013

Es soll gemeinsam dafür Sorge getragen werden, die Kommunikation bei der Unterbringungsdiskussion zu deeskalieren, um mit allen Beteiligten in den Stadtteilen konstruktive Gespräche führen zu können, damit eine positive Willkommenskultur entstehen kann.

Es muss Transparenz hergestellt werden, das heißt, alle in Frage kommenden Gebäude und Flächen sollen auf den Tisch und die Gründe, warum sie für geeignet bzw. nicht geeignet gehalten werden. Neben der eventuellen Errichtung von Wohncontainern muss weiterhin auch an einer Unterbringung der Flüchtlinge in geeigneten Gebäuden gearbeitet werden.

Es muss im Zusammenhang mit der Standortwahl ein Gesamtkonzept zum Thema Flüchtlinge geben (Stichwort „Integration von Anfang an“ unter Einschluss von Themen wie KiTas, Bildung, Betreuung, schnelle Klärung des Aufenthaltsstatus, Arbeitserlaubnis usw.).

Kein Stadtteil ist von vornherein ausgenommen bei der Frage der Flüchtlingsunterkünfte.

Bei der Auswahl von geeigneten Standorten muss neben der Frage der möglichst optimalen Unterbringung (unter Einschluss aller notwendigen Infrastrukturen sowie der Kostenfrage) auch das Thema Stadtteilgerechtigkeit und derzeitige Belastungssituation berücksichtigt werden.

Wir streben eher an, an mehreren Standorten kleinere Einheiten zu schaffen als wenige große.

Es soll eine enge vorzeitige Zusammenarbeit mit wichtigen Institutionen wie Kirchen, Vereinen etc. in den Stadtteilen geben.

Angestrebt und notwendig ist eine zügige Entscheidung, dies wird auch nicht in Frage gestellt, darf aber nicht zu Lasten der Sorgfalt und Transparenz gehen.

Beschluss:

Der Beirat Horn-Lehe schließt sich dem o. g. Verfahrensvorschlag aus der Beirätekonzferenz vom 08.08.2013 an und spricht sich für eine Begrenzung auf max. 60 Personen mit einer qualitativen 24-Stunden-Betreuung vor Ort und einer größtmöglichen Sensibilität bei der Zusammensetzung der Belegung aus.

Abstimmung über die Zurückstellung des Antrags: 6 Ja, 7 Nein

Abstimmung über den Antrag an sich: 7 Ja, 6 Nein

3.2. Antrag der CDU-Fraktion

Armutsbekämpfung neu denken!

Der Beirat Horn-Lehe möge beschließen:

Der Beirat Horn-Lehe...

1. ...unterstützt das Vorhaben der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) eine Enquete-Kommission „Bekämpfung und Prävention von Armut im Lande Bremen“ in der Bremischen Bürgerschaft einzusetzen, um auch in Horn-Lehe neue Wege bei der Armutsbekämpfung und -prävention gehen zu können.
2. fordert, dass die Enquete-Kommission die spezifischen Belange und Problemlagen des Stadtteils Horn-Lehe bei der Erarbeitung eines ressortübergreifendes Gesamtkonzept zur „Bekämpfung und Prävention von Armut“ in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Wohnen, Freizeit und Partizipationsmöglichkeiten, berücksichtigt.
3. begrüßt, dass die Enquete-Kommission mit ihrer Arbeit beabsichtigt, bisher bestehende Maßnahmen und Projekte zur Armutsbekämpfung und -prävention in den Bereichen Arbeit, Soziales, Beteiligung, Bildung, Gesundheit und Wohnen besser zu verzahnen und betroffene Zielgruppen gezielt anzusprechen und auch durch aufsuchende Angebote zu unterstützen. Er erhofft sich davon einen nachhaltigen Beitrag zur Verbesserung der Situation der betroffenen Menschen im Stadtteil Horn-Lehe.

Begründung:

Die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven sind von zunehmender Armut betroffen. Nirgendwo sonst in Deutschland sind so viele Menschen und vor allem Kinder armutsgefährdet, d.h. sie müssen mit weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung auskommen: Während in Deutschland im Jahr 2012 15,1 Prozent der Bevölkerung als armutsgefährdet galten, waren es in der Stadtgemeinde Bremen 21,3 Prozent und in Bremerhaven sogar 27,4 Prozent. Laut Statistik sind Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene am stärksten von Armutsgefährdung betroffen. Die Zahlen für diese Gruppe sind mit etwa 32,6 Prozent für unter 18 Jährige und 39,5 Prozent für 18 bis 25 Jährige im Land Bremen deutlich höher als für Erwachsene über 25 Jahre.

Die Menschen in Bremen und Bremerhaven, für die Armut eine traurige Lebensrealität ist, sind dabei nicht nur von finanzieller Armut betroffen. Armut im Sinne sozialer Isolation führt oft zum Verlust persönlicher Entwicklungschancen, zu einer Einschränkung der gleichberechtigten Teilhabe in der Gesellschaft und zu einem Absinken des persönlichen Selbstwertgefühls. Für Kinder und Jugendliche in sozialer und auch finanzieller Armut bedeutet dies auch einen ungleichen Zugang zu frühkindlichen Bildungsangeboten, zum System Schule und anderen außerschulischen Bildungsmaßnahmen.

In der politischen Alltagsauseinandersetzung verhindern in der Regel verkürzte Debatten zu einzelnen Problemfeldern, die mit Armutsbekämpfung bzw. -prävention in Zusammenhang stehen, einen ressortübergreifenden und nachhaltigen Blick auf dieses Thema. Für die Bekämpfung von Armut im Land Bremen bedarf es demgegenüber einer zukunftsorientierten und langfristig angelegten Präventionsstrategie, die im breiten politischen Konsens, gemeinsam mit externen Experten und Expertinnen und unter Berücksichtigung bundespolitischer Erfahrungen erarbeitet werden muss.

Auch in Horn-Lehe sind diese Probleme offenkundig, wie der Stadtteilbericht Horn-Lehe vom 24.06.2011 in Abschnitt 3.4 „Handlungsfeld Sozialer Zusammenhalt“ im Hinblick auf das Kopenikusviertel konstatiert. Eine ressortübergreifende Strategie, die jeden einzelnen Stadtteil in den Blick nimmt, ist deshalb dringend notwendig.

Bremen, den 15.08.2013

Abstimmung: 8 Ja, 3 Nein, 2 Enthaltungen

3.3. Antrag der SPD-Fraktion

Anträge und Zuwendungsbescheide für projektbezogene Zuwendungen aus Mitteln des Beirates zusätzlich in Leichter Sprache verfassen

Der Beirat Horn-Lehe möge beschließen:

Alle Antragsformulare des Ortsamtes für projektbezogene Zuwendungen aus finanziellen Mitteln des Beirates (Globalmittel) werden neben der herkömmlichen Form zusätzlich in „Leichter Sprache“ verfasst.

Die Bescheide für die Antragssteller werden neben der herkömmlichen Form zusätzlich in „Leichter Sprache“ verfasst.

Für die Erarbeitung dieser Papiere wird die Zusammenarbeit mit dem Landesbehindertenbeauftragten oder dem Büro für Leichte Sprache der Lebenshilfe Bremen e. V. gesucht.

Begründung:

Definition: Mit dem Begriff „Leichte Sprache“ oder auch „Einfache Sprache“ sind Ausdrucksweisen gemeint, die generell für alle Menschen leicht verständlich sind. Leichte Sprache ermöglicht Mitmenschen die Leseschwierigkeiten, Lernschwierigkeiten und/oder Sehprobleme haben, einen besseren Zugang zu Informationen. Damit ist Leichte Sprache ein wichtiger Aspekt zur Inklusion.

Aber auch Migrantinnen und Migranten mit geringen Deutschkenntnissen, alte Menschen mit dementen Erkrankungen und Jugendliche, die es nicht gelernt haben sinnverstehend zu lesen, profitieren von „Leichter Sprache“.

Im März 2009 ist das „Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderung“ (UN-Behindertenrechtskonvention) in Deutschland in Kraft getreten. Dadurch haben sich für die Bundesrepublik Deutschland Verpflichtungen ergeben, die auf Bundes- und auf Länderebene umzusetzen sind.

Es wird derzeit ein Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Land Bremen zur Beratung und Beschlussfassung erarbeitet.

Dieser Antrag ist ein Beitrag, um die UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen und ermöglicht auf kommunaler Ebene Erfahrungen beim Umgang mit der Thematik Leichte Sprache.

Abstimmung: 7 Ja, 6 Enthaltungen

Zu TOP 4: Aufwertung des Grünzuges Leher Feld für „Bremen blüht auf“

Einleitend gibt Herr Möller einige Informationen zum Grünzug Leher Feld. Dieser verfügt über eine Gesamtfläche von 121.800 m² und einer Nord-Süd-Ausdehnung von 1.750 Metern. An der breitesten Stelle ist der Grünzug ca. 160 Meter und an der schmalste Stelle ca. 4 Meter breit.

Das Vorhaben ist vom Imkerverein Bremen und dem BUND in initiiert worden und soll nun vom Umweltbetrieb Bremen aufgegriffen werden. Dabei geht es nicht darum, Kosten zu sparen, sondern der Grünzug soll vielmehr ökologisch aufgewertet werden. Konkret sieht die Maßnahme zum Beispiel vor, die breiten Rasenflächen entlang der Fleete weniger intensiv zu mähen, sodass sich die Ufersäume verbreitern können. Gleichzeitig wird direkt an den Wegen im gleichen Maße wie bisher gemäht werden, damit kein ungepflegter Eindruck im Grünzug entsteht. Ein bereits bestehendes Beispiel für das Vorhaben ist eine Anpflanzung auf Höhe des Neubaugebiets Elisabeth-Segelken-Straße, die der Bauträger als Ausgleichsmaßnahme vornehmen musste. Diese Anpflanzung wird bewusst nur im Anfangsstadium gekrautet. Danach sollen sich die Pflanzen von dort ausbreiten.

Ein anderes Beispiel ist ein hinter einem Gehölzstreifen entlang am Fleet verlaufender Bewirtschaftungsstreifen, der sich zukünftig ebenfalls natürlich fortentwickeln soll.

Andererseits werden prägnante, von der Bevölkerung genutzte Flächen wie der Rodelhügel oder die große Rasenfläche am Langenkampssee nach wie vor intensiv gemäht.

Auf dem breiten Rasenstreifen kurz vor der Schule Philipp-Reis-Straße wird wiederum behutsamer gemäht werden, damit sich die dort ansässigen Zwiebelpflanzen wie etwa Scilla etablieren und jedes Jahr wiederkommen.

Im Bereich des zurückgebauten roten Radweges, der momentan als Trampelpfad genutzt wird, ist zukünftig eine leicht erhöhte Abstufung angedacht.

Auf Höhe der Schule an der Philipp-Reis-Straße befindet sich der Grünzug derzeit in einen recht schmalen und dunklen Zustand. Eigentlich gehört der flankierende Gehölzstreifen ebenfalls zum Grünzug, wurde aber faktisch von den Bewohnern der angrenzenden Reihenhauszeile deren Grundstücken zugeschlagen und teilweise mit Gartenhäusern und Zaunelementen bebaut. An dieser Stelle plant man seitens des Umweltbetrieb Bremen, den ursprünglichen Zustand des Grünzugs wieder herzustellen, wodurch dieser Bereich breiter und heller würde. Dazu ist geplant, die Anwohner auf die Situation hinzuweisen und zum Rückbau der errichteten Gartenhäuser und Zaunelemente aufzufordern. Zwar ist auch ein Verkauf der öffentlichen Fläche an die Anwohner in Betracht gezogen worden, würde allerdings nur funktionieren, wenn alle Anrainer kaufen wollen. Zudem wäre in diesem Fall die Abwägung gegenüber dem öffentlichen Interesse vorzunehmen.

Ein von Herrn Haake vorgeschlagenes Nachsähen des Rasens neben dem Weg macht aus Sicht von Herrn Möller aufgrund des hohen Schattendrucks an dieser Stelle derzeit keinen Sinn. Allerdings wäre an dieser Stelle eine Verbreiterung des Weges denkbar, da hier durch die angrenzenden Schule und den angrenzenden Kindergarten ein hohes Aufkommen an Fahrradfahrern ist.

Herr Quaß begrüßt das vorgestellte Vorhaben und zieht eine Parallele zum Grünzug Holler Grund, wo es auch bereits naturnahe Areale gibt. Er gibt dabei zu bedenken, dass solche Bereiche nicht zu groß angelegt werden sollten, damit nicht der Eindruck einer Verwahrlosung entsteht. Herr Möller bekräftigt, dass diese einen gepflegten Charakter beibehalten werden und auch die Zugänglichkeit bestehen bleiben wird. Dementsprechend wird es keine abgesperrten Areale geben.

Vor dem Hintergrund der aufgeworfenen Mülleimerproblematik wird Herr Möller an die Leitstelle Saubere Stadt herantreten, um nach Möglichkeit an jedem Zugang zum Grünzug eine Entsorgungsmöglichkeit für Hundekot errichten zu lassen.

Herr Mazur fragt, ob im Grünzug Leher Feld ähnlich wie am Hochschulring Blühflächen gesät werden sollen. Dies ist laut Herrn Möller nicht angedacht, da der Grünzug über einen nährstoffreichen Boden verfügt und daher dafür weniger geeignet wäre als das nährstoffarme Areal am Hochschulring.

Herr Feldmann wirft die Frage auf, ob der geringere Pflegeaufwand als zusätzliche Kapazität für die Müllbeseitigung umgewandelt werden wird. Laut Herrn Möller ergibt sich daraus nur eine marginale Differenz im Pflegeaufwand. Allerdings könnte eine Option eine Aufstockung der Pflegeintervalle durch die Leitstelle Saubere Stadt sein.

Zu TOP 5: Vergabe von Beiratsmitteln

lfd.-Nr.	Antragsteller	Verwendungszweck	Antragsbetrag	Beschluss	Abstimmungs-ergebnis
21	Kinder- und Familienzentrum Curiestraße	Ausstattung Fuhrpark	1.495,00	1.495,00	11 Ja, 1 Nein
22	Kinder- und Familienzentrum Vorstraße	Sommerferienprogramm	945,00	945,00	einstimmig

Zu TOP 6: Mitteilungen des Ortsamtes

- Herr Fricke weist auf die Sitzungen des Ausschusses Umweltschutz und Verkehr am 26.08.2013 und Bau und Denkmalschutz am 27.08.2013 hin.
- Herr Fricke präsentiert ein Zeitraster für den Ausbau des Landhaus Louisenthal zum künftigen Ortsamt Horn-Lehe.
- Das Polizeirevier Horn wird nach erfolgtem Umzug in die Lilienthaler Heerstraße am 21.09.2013 einen Tag der offenen Tür für die interessierte Öffentlichkeit veranstalten.

Zu TOP 7: Verschiedenes

Es liegen keine Wortmeldungen vor.



Fricke
Vorsitzender



Hanke
Beiratssprecherin



Lütjens
Protokollführer

Freie Hansestadt Bremen
Ortsamt Horn-Lehe

Öffentliche Sitzung des Beirats Horn-Lehe am 22.08.2013

Name	Vorname	Teilnahme		Unterschrift
		von	bis	
Bersebach	Markus			M. Bersebach
Dehne	Stephanie			-
Drechsel	Ulf-Brün	19 ¹⁵		Ulf Drechsel
Dr. Eckardt	Birte	19 ¹⁵		B. Eckardt
Fincke	Werner	19 ³⁸		W. Fincke
Garde	Karin	19 ¹⁵		Karin Garde
Haake	Borchert	19 ¹⁵		Borchert Haake
Hanke	Catharina	19 ¹⁵	21 ¹⁵	C. Hanke
Hintze	Jörg-Rüdiger	19 ¹⁵		R. Hintze
Koppel	Michael	19 ¹⁵		M. Koppel
Mäschig	Maurice	19 ¹⁵		M. Maschig
Mazur	Dieter	19 ¹⁵		D. Mazur
Porthun	Dirk	19 ¹⁵		D. Porthun
Quaß	Stefan	19 ¹⁵		S. Quaß
Steglich	Manfred			entschuldigt

